

Legitimation durch die Partei

Autor(en): **Ritschard, Willi**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **60 (1981)**

Heft 3

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339696>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

zweck wird, müssen wir uns nicht wundern, wenn der Ruf nach Ablösung oder gar dem Austritt aus der Regierung ertönt. Ich wäre der erste, der dies unter solchen Voraussetzungen fordern würde.

Wir sollten uns auch nicht einbilden, dass wir die Weisheit allein mit Löffeln gegessen hätten. Wir wollen den Argumenten unserer Parteifreunde zugänglich sein und uns auch einmal eines Besseren belehren lassen. Die gleiche Gesprächs- und Verständigungsbereitschaft erwarten wir von ihnen. *Wir müssen auch unseren ideologischen Standort immer wieder selbstkritisch überprüfen, denn wir haben in unserem Beruf vor allem den Umgang mit Bürgerlichen zu pflegen, und es besteht in der Tat die Gefahr, dass wir uns ihrer Optik vielleicht da und dort allzusehr annähern.* Das sind etwa die Überlegun-

gen, die zu meinem Vorstoss geführt haben. Ich habe die Dinge so dargelegt, wie ich sie aus meiner Warte, aus meiner Beobachtung, auch aus einer gewissen Distanz zur schweizerischen Politik sehe. Auf der andern Seite schöpfe ich aus einer neunjährigen Erfahrung als kantonaler Parteipräsident, aus mehrjähriger Erfahrung als Nationalrat und aus nunmehr neunjähriger Zugehörigkeit zur kantonalen Regierung. Es geht mir nicht darum, innerhalb der SPS, deren Zukunft mir und sicher allen von uns sehr am Herzen liegt, ein weiteres Sondergrüppchen zu formieren. Es geht mir vor allem um einen besseren Informations- und Meinungsaustausch zwischen den Parteigremien der SPS und den SP-Regierungsvertretern, die als Berufspolitiker täglich an der Front stehen. Das Ziel

ist: Vorurteile abzubauen, Missverständnisse zu vermeiden, zur Geschlossenheit der SPS als Volkspartei und zu einer durchaus aggressiven, aber auf einer klaren und praxisbezogenen Linie beruhenden Politik beizutragen, einer Politik, die von der Arbeiterschaft dieses Landes verstanden und mitgetragen wird. Ich meine, dass eine ständig und selbständig organisierte Konferenz der SP-Regierungsvertreter in der Lage und auch dazu prädestiniert wäre, zu gewissen extremen Erscheinungen und Strömungen innerhalb der SPS ein angemessenes Gegengewicht zu schaffen. Eine allzu opportunistische und auf Effekt bedachte Politik bringt höchstens kurzfristige Erfolge. Längerfristig bringt sie Misserfolge und den unrühmlichen Ruf eines vertrauensunwürdigen Partners.

Willi Ritschard

Legitimation durch die Partei

Zweifellos trennt eine Kluft die Sozialdemokraten in halb Europa. Eine Kluft vor allem zwischen den Vertretern in den Regierungen und den Aktivisten in der Parteimitgliedschaft. So ist es schwierig geworden, Sozialdemokrat und gleichzeitig Mitglied einer Regierung zu sein. Man ist da ständig irgendwo dazwischen und fühlt sich aus diesem Grund nirgends so recht verstanden.

Unsere bürgerlichen Kollegen haben es etwas weniger schwer. In ihren Parteien ist die Willensbildung im allgemeinen etwas einfacher. Sie

wird stärker von oben beeinflusst. Es gibt hier Delegiertenversammlungen und nicht Parteitage mit Hunderten von Stimmberechtigten. Darüber hinaus ist der bürgerliche Wähler auch eher autoritätsgläubiger.

Wir haben es, wie gesagt, schwerer. Aber wir alle, Regierungsräte und auch wir Bundesräte, sind im allgemeinen mit unserer Partei auch eher immer etwas ungeduldig. Wir haben die Tendenz, die Partei gewissermassen als «Fussvolk» anzusehen, das uns und dem, was wir beschlossen haben, nachzulau-

fen hat. *Wir möchten gerne vorschreiben, was unter Sozialismus zu verstehen ist.* Es gibt sogar solche, die zum vorneherein alles das für sozialistisch halten, was sie machen und was sie sagen.

Das ist natürlich eine unmögliche und auch eine gefährliche Mentalität. Die Exekutivmitglieder sind nicht die Partei. Es besteht da in vielen Fragen im Gegenteil eine sehr heilsame Gegnerschaft. Parlamente, die immer ja sagen, würden vermutlich jedem von uns unangenehm zwischen den Zähnen hängenbleiben. Keine Regierung soll das Parlament einfach dem angleichen, was sie selber haben möchte. *Und wir sozialdemokratischen Regierungsmitglieder können auch nicht die Partei dem angleichen wollen, was wir in den Regierungen machen.* Wir können unsere Haltung, unsere politische Hal-

tung, vor der Partei vertreten und für sie werben. Aber man kann nicht alle Arbeit in einer Exekutive – die wenigste – in Parteiarbeit umsetzen.

Wir sollten in unserer Regierungsarbeit aber öfter an das denken, was vermutlich die Partei denkt. Dies würde nicht nur der Partei dienen. Wir sind ja Mitglied unserer Behörde, um eine politische Richtung zu vertreten. Und dieser Behörde ist nicht gedient, wenn wir nicht wissen, was unsere Leute wollen. Wir sind jedenfalls dazu verpflichtet, der Partei immer wieder zu erklären, *was wir tun, warum wir es so tun, und weshalb es nicht so beschlossen worden ist*, wie es die Partei gerne gehabt hätte.

Und das Forum, dem wir das erklären sollen, das müssen wir suchen. *Parteiveranstaltungen kommen nicht zu uns, wir müssen zu ihnen gehen.*

Ich weiss es: Wir stammen aus einer Partei, die verwirrtlich geworden ist, aus einer komplizierten, gelegentlich auch chaotischen Partei. Jüngere Sozialdemokraten – es gibt auch ältere – träumen von der «permanenten Revolution». Wahrscheinlich wären sie einfach für eine Art Kulturrevolution, wie sie in China unter Mao stattgefunden hat: Der Direktor wird von Zeit zu Zeit als einfacher Arbeiter an die Werkbank versetzt und den Minister schickt man zu einem Bauern, damit beide wieder lernen, wie das Volk wirklich denkt. Vielleicht wäre das gar nicht so eine schlechte Sache, und manchem von uns würde ein solcher «Tapetenwechsel» auch ganz gut tun. (Allerdings hat man nun Mao's Witwe wegen dieser Kulturrevolution zum Tode verurteilt, aber das ist natürlich eine kurzlebige politische Sanktion.)

So etwa ist unsere Partei: unbequem, manchmal ungerrecht, inkonsequent, intolerant, gelegentlich zum Verleiden. *Aber unsere Legitimation, in einer Regierung zu sitzen, die haben wir von unserer Partei erhalten.* Sie hat uns vorgeschlagen. Und sie hat deshalb auch einige Rechte an uns. Und es soll sich da keiner täuschen. Er mag noch so populär sein, noch so tüchtig in seinem Departement, er kann tausend Höflinge haben, die immer wieder ja sagen, zu allem, was er tut; *ohne Verankerung in der Partei und nur auf das Wohl anderer Parteien oder Nichtorganisierter angewiesen, hängt jeder von uns in der Luft.* Ein Regierungsmann ist stark, wenn seine Partei stark ist. Ohne eine starke Partei nimmt man auch ihn nicht zum vollen Gewicht.

Es ist ein Fehlglaube, wir könnten unsere Partei disziplinieren. Das ist vielleicht bei der POCH möglich, wo man wohl eher stalinistisch denkt. Aber wer auf so eine stalinistische Art («die Spitze hat immer recht») die SP disziplinieren will, der tötet unsere Partei. Er nimmt ihr allen «Mumm».

Wir sind gegenwärtig offensichtlich daran, die SP in zwei Gruppen zu spalten: in die Regierungstreuen und in die anderen. Für eine politische Bewegung ist das nicht nur eine schädliche, sondern auch eine schlechte und unfruchtbare Spaltung. Am Ende der heutigen Reibereien oder gar einer Spaltung ständen dann viele Resignierte, die ganz aus der Politik ausstiegen und dann auch für den Staat verloren wären. Wenn wir den jungen und drängenden Kräften in unserer Partei keine Möglichkeit geben zu politisieren, gelegentlich auch etwas stürmisch zu sein, wenn

wir ihnen die Hoffnung nehmen, über unsere Partei etwas zu verändern, und sei es auch nur über eine fragwürdige Initiative, wenn wir diesen Leuten bei uns keinen Spielraum lassen, dann werden wir sie nachher – von uns enttäuscht – entweder in extremen politischen Gruppierungen finden oder als Resignierte und Verbitterte auf der Strasse sehen, wo sie Transparente herumtragen und aus dem Staat Gurkensalat machen wollen. Die SP ist keine revolutionäre Partei. Sie will es auch gar nicht sein. Aber wir sind eine Partei, in der es revolutionäre Ideen noch gibt. Viele unserer Mitglieder haben noch die Hoffnung, mit Hilfe der Politik Veränderungen herbeizuführen. Man muss nur gelegentlich einen schweizerischen Parteitag besuchen. Man trifft hier vielleicht Sektierer, wobei man mit dieser Titulierung sehr vorsichtig sein soll. Vielleicht gibt es bei uns sogar solche, die auf eine Spaltung hinarbeiten. Mir jedoch macht es immer wieder Freude, wenn ich an diesen Parteitagen sehe, wie sich junge und nette Menschen engagieren, wenn auch, meiner Ansicht nach, gelegentlich für ganz unmögliche Sachen. Wenn sie sich gegen die Diktatur in El Salvador ereifern, sollte man das als gutes Zeichen ernstnehmen. Man spürt es an den Parteitagen besonders: Regierungsbeteiligung hat für einen jungen Sozialdemokraten wenig Attraktives; ganz sicher findet er daran nichts Revolutionäres, nach dem er sucht. Und wir hier, Regierungsräte und Bundesräte, wir sind für ihn natürlich alle hoffnungslose Pragmatiker.

Wir haben aber nicht das Recht, aus unserer pragmatischen Haltung heraus in dieser Partei alle Utopien, jeden

Griff nach den Sternen, und jede Hoffnung zu zerstören. Eigentlich müssten gerade wir es sein, die die Partei, die an uns zweifelt und hie und da fast verzweifelt, wir müssten diese Partei zu hegen und zu pflegen versuchen. Gerade wir, die man doch noch sehr oft als Vorbilder betrachtet, dürfen nicht resignieren. Es darf uns wirklich nicht «wurst» sein, was mit dieser Partei geschieht.

Wir sollten nicht aus unserem pragmatischen Denken heraus eine Partei von Pragmatikern machen wollen. Sonst müssten wir uns nicht verwundern, wenn immer mehr

junge Sozialdemokraten die Regierungsbeteiligung als etwas Schlechtes, etwas Hemmendes halten, für etwas, das der Partei schadet. Die Regierungsbeteiligung ist aus unserer Partei heraus gewachsen. Wir sollten nun nicht so arbeiten, als gäbe es nur Regierungsmitglieder, die so nebenbei auch noch eine Partei haben müssen. Das kann nicht gut gehen. *Wir müssen mitarbeiten.* Bei allen Erschwernissen, denen wir dabei begegnen, können wir nicht erwarten, dass die Partei uns versteht, wenn wir nicht einmal versuchen, uns wie geduldige Lehrer immer

wieder verständlich zu machen. Und darüber hinaus sind wir ja alle Demokraten. Wir wissen, dass die demokratischen Spielregeln auch die Opposition nötig haben. Vor Opposition muss man nicht Angst haben oder sie gar verurteilen. Sie gehört genauso dazu, wie jene, gegen die Opposition gemacht wird oder gemacht werden muss. Demokratie ist halt wirklich eine schwierige Staatsform, besonders für alle jene, die sich an Widerspruch nicht mehr so recht gewöhnen können, weil sie auf einem Thron hocken und fast nur von Ja-Sagern umgeben sind.

Rudolf Strahm

Zur Integration verurteilt!

Der Diskussionsbeitrag von SP-Zentralsekretär Rudolf Strahm konzentriert sich auf die Frage nach den Hintergründen der Konflikte in der SP. Er will zum Verständnis beitragen für das, was die Konfliktmechanik am Laufen hält. Es ist ein Versuch einer Verständnishilfe und keineswegs eine objektive Analyse.

«Warum ist dieser ganze parteiinterne Streit jetzt über uns hereingebrochen?» fragte kürzlich einer an einer SPS-Geschäftsleitungssitzung.

«Die Sozialdemokratische Partei ist in einem desolaten Zustand» bemerkte andernorts ein Regierungsmitglied. Die innerparteilichen Brandherde von Zürich, Basel, Tessin und anderswo beunruhigen und verunsichern viele. Die bürgerliche und liberale Presse tut alles, um die Konflikte der sozialdemokratischen Parteien im In- und Ausland auszuschlachten und unterschwellig ihr Wunschbild einer Parteispaltung einfließen zu lassen. Man darf nicht vergessen, dass sie alleweil die Konfliktaustragungsfähigkeit und die Integra-

tionskapazität der SP unterschätzt hat.

Wer ist «schuld»?

Das Verständnis der Hintergründe der parteiinternen Konflikte ist weitherum armselig. Der Streit wird zu stark personalisiert. «Zornige alte Männer aus dem Stöckli» oder «wildgewordene, realitätsfremde Intellektuelle» sollen, je nach Standort, «schuld» sein an der Konflikteskalation. Natürlich sind es einzelne Exponenten, natürlich ist es das Verhältnis zur Jugendbewegung, natürlich ist es dieser oder jener äussere Anlass, welcher die Kristallisationspunkte der Konflikte liefert. Es sind sicher Auslö-

ser, aber nicht Ursachen der Konflikte!

Es bringt nichts, allein nach den Polarisationsfiguren eines Konfliktes zu fragen. Jeder lokale Konflikt hat seine eigene, mehrmonatige Eskalationsmechanik. Sie zu kennen ist nützlich zum punktuellen Streitschlichten. Aber wer wirklich um eine Konfliktbewältigung bemüht ist, sollte vielmehr nach den Ursachen und Hintergründen suchen.

Überalterte Mitgliedschaft

Eine erste Hauptursache der Polarisierung liegt nicht im Jahr 1980, auch nicht im Jahr 1968, sondern in den fünfziger und sechziger Jahren: Es ist die Eintrittsflaute dieser Nachkriegsjahrzehnte. Die sehr geringe Zahl von Parteieintritten der fünfziger und sechziger Jahre haben zu einer Mitgliederstruktur geführt, die heute bildlich einer Sanduhr ähnlich ist: Die Hälfte der Parteimitglieder ist über 55jährig, ein grosser Teil ist unter 35jährig, und dazwischen ist eine ganze Generation nur sehr dünn vertreten.